

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Tageblatt Riefa,  
Bismarckstr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Verlagsort:  
Dresden 1280,  
Grotzstraße:  
Riefa Nr. 22.

Nr. 47.

Mittwoch, 25. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Quartals von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen. Einmalige Anzeigen für bestimmte Tage und Blätter mit nicht übernommenen Grundpreisen für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 14 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; die 14 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige. Mehrfache Anzeigen und tabellarischer Satz 20%, Ausschlag fest. Tarif für gewöhnliche Anzeigen, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden kann, oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt, 50%. Satzungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: "Schüler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger wegen Schließung des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstaltungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nömann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riefa.

## Reichsernährungsminister Schiele zu seinem Etat.

### Ein Appell an die Landwirtschaft, die Verbraucher und die Gesamtwirtschaft.

von Berlin, den 24. Februar.

Reichstagspräsident Brüderer eröffnete die Reichstags-Sitzung um 8 Uhr.

Die Einträge der nationalsozialistischen Abgeordneten Brüderer, Heines, Koch-Dreyer und weiter gegen ihre Ausweisung aus einer früheren Vollziehung des Reichstages werden zurückgewiesen.

Abg. Wirth (Komm.) verlangte bekanntlich, wie wir bereits gestern haben, mit der Tagesordnung einen Antrag seiner Fraktion zu verbinden, der Aufhebung des Demonstrationsverbotes des Berliner Polizeipräsidenten für Mittwoch fordert. Orchestriert, der Gendarm des Herrn Brüderer, wolle nur verhindern, daß die Gendarmen gegen das ganze System protestieren. Diese Mahnung der Brüderer-Fraktion und ihrer Polizei sei eine bewußte Provokation des arbeitenden Volkes.

Der Ausschuss des Antrages auf die Tagesordnung wird widersprochen.

Die Novelle zum Gesetz über die Errichtung der Deutschen

#### Rentenbank-Kreditanstalt

wird ohne Debatte in dritter Beratung endgültig angenommen.

Es folgen die zurückgestellten

#### Abstimmungen

über den Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter.

Die Kommunisten beantragen u. a., die Ruhegehälter für 2258 Offiziere der alten Wehrmacht im Betrage von 112,86 Millionen Mark zu kürzen, ferner die Ehrenzulage für Inhaber militärischer Orden und Ehrenzeichen in Höhe von 390 000 Mark ebenfalls zu kürzen und die für Renten aller Art ausgesetzten Beträge dementsprechend zu erhöhen.

Abg. Rohmann (Soz.) erklärt, daß es sich bei den Ruhegehältern um Ansprüche handele, die auf gesetzlichen Grundlage beruhten. Der kommunistische Antrag sei deshalb praktisch wirkungslos. Die Sozialdemokraten würden ihn daher ablehnen.

Die kommunistischen Streichungsanträge werden darauf abgelehnt. Der Haushaltsplan wird angenommen.

Zur ersten Beratung kommt dann der kommunistische Antrag, Sonderbesteuerung der Vermögen, Dividenden, Ausschüttungsrenten und Einkommen über 50 000 RM., der sogenannten Millionäre.

Abg. Ocker (Str.) beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss. — Die Sozialdemokraten stimmen diesem Vorschlag zu.

Abg. Eißner (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten. Diese wollten durch die Ausdehnung der Besteuerung der Annahme des Antrages im Interesse der Brüderer-Fraktion verhindern.

Die Ausdehnung der Besteuerung wird unter großem Lärm der Kommunisten beschlossen.

Es folgt dann die zweite Beratung des

#### Haushalts des Reichsernährungsministeriums.

Reichsernährungsminister Schiele, der sogleich das Wort erhält, wird von den Kommunisten mit härmischen Zurufen "Unterernährungsminister" empfangen.

Präsident Brüderer erhebt wiederholt ein Rufe und weist, als sich die Rufe immer erneuern, die kommunistischen Abg. Madalena und Grube aus dem Sitzungssaal, den Abg. Grube auf drei Sitzungsstage, weil er auch nach der Ausweisung den Ruf wiederholt hat.

#### Reichsernährungsminister Schiele

gibt zunächst eine knappe Begründung der Etatpolitik, die sich nicht in einzelnen Maßnahmen erschöpfen, sondern ein System stetig miteinander verändernder Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, Finanz-, Sozial- und Außenpolitik darstellt. Der Minister betont die Notwendigkeit der Stärkung des Innenmarktes. Je besser der Binnenmarkt beschaffen und ausgebaut sei, um so stärker würden wir im internationalen Wettbewerb stehen können. Die erste geliebteste Wirtschaftspolitik sollte die Stärkung des Binnenmarktes sein. Die außenpolitische Entwicklung, auch der Handelskrieg, werde durch Stärkung der landwirtschaftlichen Kaufkraft Einhalt geboten. Der Rückgang des Währungsfußes sei ein bedrohliches Zeichen für das Erlahmen der landwirtschaftlichen Wirtschaft. Die großen Opfer für die Dankschuld würden sich nur lohnen, wenn die allgemeine Agrarpolitik die Rentabilitätsgrundlage für die Landwirtschaft des Ostens schaffe. Deutschland habe in den letzten fünf Jahren Hunderten an seiner eigenen Wirtschaft gelitten. Nicht nur in der Finanz- und Sozialpolitik, sondern auch in der Agrarpolitik müsse mit den Fehlern der Vergangenheit aufgeräumt werden.

Der Minister geht dann auf das

#### neue Agrar-Programm der Reichsregierung

ein.

Das erste Kapitel des Programms enthält den Reichsbebauungsplan, der die weitere Einschränkung des Roggen- und Getreideanbaus und die Vermeidung der freigebliebenen Flächen zur Ausdehnung des Weizens, Gerstes, Hafer- und Hülsenfrüchtlings, sowie die Ausdehnung der Grünlandwirtschaft vorsieht. Die Reichsregierung verzichtet in dieser Frage auf irgendwelche Zwangsmittel, da das Ziel in erster Linie durch härteste Anspannung der Selbsthilfe erreicht werden kann. Die Hindernisse für Bodenverbesserungsarbeiten werden von fünf auf acht Jahre ausgedehnt.

Hand in Hand mit der Umstellung muß die Umgestaltung und Förderung der Absatzverhältnisse gehen. Die Reichsregierung ist gewillt, besonders in der Ueberzeugungszeit der Landwirtschaft den Weg zu fruchtbarer Selbsthilfearbeit nach Möglichkeit zu ebnen. Hierzu gehören die Durchführung des Standard-Gesetzes, der Zusammenschluß der Futterindustrie und die Durchführungsbestimmungen zum Milchgesetz. Zur Vermeidung des Nationalisierungswertes der Genossenschaften sollen die erforderlichen weiteren Mittel bereitgestellt werden. Besondere Mittel sind vorgesehen zur Förderung der Kartoffelproduktion und zur härteren Anspannung des Brennrechts. In der Zuckerwirtschaft soll dafür gefordert werden, daß die überflüssigen Zuckermengen auf möglichst rationellem Wege der Verfertigung zugeführt werden. In der Milchwirtschaft ist die Heranbildung der Pasteurisierung der Milch aus der Umfassung und der Förderung des Absatzes von inländischem Käse vorgesehen.

Das dritte Kapitel des Programms behandelt die Frage der Beeinflussung des Verbrauchs. Vorübergehend wird in Notfällen vor gewissen Zwangsmassnahmen nicht zurückgescheut werden können. So sollen besonders für Raps, Flachs und Zichorie Erleichterungen für den Absatz der Inlandsproduktion geschaffen werden. Ferner wird sichergestellt, daß bei allen Bauten mit Hilfe öffentlicher Mittel nur heimisches Holz verwendet werden darf. Mit der Reichsbahn wird über die Ausdehnung von Rothandstrecken auf weitere Gebiete verhandelt.

Auch der Fragenkomplex des Brotgesetzes soll nochmals eingehend geprüft werden. Sachverständige studieren gegenwärtig die auf diesem Gebiet besonders fortgeschrittene Gesetzgebung Dänemarks. Nach ihrer Rückkehr soll ein Plan für den härteren Roggenverzehr ausgearbeitet werden. Alle diese Maßnahmen der Selbsthilfe und Staatshilfe müssen aber durch einen ausreichenden und elastischen Schutz des Binnenmarktes ergänzt werden. Das bisher für den Getreidebau geltende Prinzip des Erntekontingentsystems hat sich voll bewährt, so daß die Regierung seine Beibehaltung beschlossen hat. Angesichts der Befürchtung der Weltwirtschaft ist es aber notwendig, den möglichen Entwicklungen auf dem Weltmarkt mit größerer Schnelligkeit zu folgen, als es möglich ist, wenn bei jeder Frage der Gesetzgebungsapparat in Bewegung gesetzt werden muß.

Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, vom Reichstag für das gesamte Volksgeld freie Hand zu erheben. Eine solche generelle Ermächtigung wird dem Reichstagsrat vor allem auch die Möglichkeit geben, auf den Gebieten der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, des Vegetationsanbaus und der Fortwirtschaft einzugreifen, um Katastrophen abzuwenden. Das Reichstagsrat ist sich bewußt, daß bei dem Gebrauch so außerordentlich wichtiger Maßnahmen die Einzelinteressen mit dem Gesamtinteresse sorgfältig abzuwägen sind. Ferner hat die Regierung die Verankerung der Ermächtigung für das Einfuhrkontingentsystem unter Einbeziehung von Holz beschlossen. Schrittweise sollen Verhandlungen mit den Ländern aufgenommen werden, denen gegenüber wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse gebunden sind. Das trifft auch zu für die notwendige Revision der Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr.

Endlich befaßt sich das Agrarprogramm noch mit Maßnahmen zur Vermeidung der saisonmäßigen Gefahren, die sich aus dem Zusammenbrüchen des Angebots unmittelbar nach der Ernte ergeben. Die Reichsregierung hat dieses Gesetzgebungswerk in enger Zusammenarbeit mit den maßgebenden Vertretern der Landwirtschaft ausgearbeitet und in der Erwartung beschlossen, daß nunmehr auch gerade von genossenschaftlicher Seite noch mehr als bisher getan wird, um die Selbsthilfe auszubauen. In der Frage der Zinslasten wird die Regierung zusammen mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und mit einem zur Nachprüfung der Zinslasten eingesetzten Ausschuss sofort die erforderlichen Verhandlungen einleiten.

Der Minister erklärt, er sei sich bewußt, daß Agrarpolitik in vieler Richtung heute unpopulär sei. Sie sei aber

heute in erster Linie ein Gebot staatspolitischer Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft des Volkes. Die Reichsregierung werde deshalb unbeeinträchtigt von falschen verstandenen Konsumentenwünschen und parteipolitisch überstimmtem Agrarabulismus entschlossen in laudlicher Arbeit dasjenige tun, was zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und Landwirtschaft notwendig ist. Der Minister widerspricht dem Vorwurf, daß die Agrarpolitik die Lebenshaltung in unerträglicher Weise verteuere. In Hand von Angelegenheiten erklärt er, daß die Landwirtschaft in der Preisentwicklung allen anderen Wirtschaftszweigen weit voraus sei. Darüber hinaus sei man mit Erfolg bemüht gewesen, die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen zu verringern, um auch die Konsumenten in den Genuss der ungewöhnlich niedrigen Erzeugerpreise zu bringen.

Der Minister betont, daß er auch die Befürchtungen gewisser Industriekreise nicht teilen könne. Die Landwirtschaft verlange nur, daß auch in der Handelspolitik der Zwangsläufigen und naturgegebenen Solidarität von Industrie und Landwirtschaft Rechnung getragen werde. Sie fordere Parität und wende sich gegen die einseitigen Opfer, die ihr bisher gerade in der Handelspolitik zugemutet worden seien.

Zum Schluß wendet sich der Minister an die Landwirtschaft selbst. Er weist darauf hin, daß auch dieses Gesetz selbstverständlich keine Zauberformel in seinem Schoß birge, daß es aber die entscheidenden Probleme an den Wurzeln packe und bis an die Grenze dessen gehe, was zur Zeit gesetzgeberisch auf agrarpolitischem Gebiet überhaupt möglich sei. Im Einvernehmen mit der Grünen Front habe er sein Amt als Ernährungsminister übernommen und in voller Einmütigkeit seien die Grundlagen für das neue Agrarprogramm geschaffen worden. Solange diese restlose persönliche Einheit zwischen den verantwortlichen Führern der Landwirtschaft und ihm bestehe, mischaute er alle Stützversuche, die dem Ernst der Lage der Landwirtschaft nicht entsprächen. Ich weiß, so erklärt der Minister, daß viele meiner Berufsgenossen unter dem furchtbaren Druck unmittelbarer Bedrohung ihrer Existenz dem Staate voller Vertrauen und meiner eigenen Politik voller Mut und Argwohn gegenüberstehen. Ich verstehe die schwarzen Fratzen der Verzweiflung und Empörung als schweres Krankheitsstadium der um das Leben ringenden Landwirtschaft. Mögen manche Kreise dieses Landes und vielleicht auch des deutschen Volkes für die Agrarpolitik der Regierung nicht mehr das nötige Verständnis aufbringen, ich halte trotzdem fest an meiner Aufgabe als verantwortungsbewußter Reichsminister für die deutsche Landwirtschaft. Ich werde meinen Platz solange behaupten, als ich der Ueberzeugung bin, hier am besten der deutschen Landwirtschaft und unserem Vaterlande zu dienen. Irigendwie anders geartete Motive der Taktik und Parteipolitik können und werden bei mir, der ich mich von allem Bleigewicht befreit habe, keine Geltung haben.

Abg. Tempel (Soz.)

verweist auf die gute Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Mitwirkung an der Agrargebung. Wir können dem Minister aber, so betonte er, nicht voll zustimmen in seiner Einschätzung der wirtschaftlichen Gesamtsituation. Dennoch wissen wir, daß die Landwirtschaft einer der wichtigsten Teile der Wirtschaft ist und daß sich jede Einschränkung auf diesem Gebiet verhängend und verhängend auf die Gesamtwirtschaft auswirken muß. Deshalb sind wir auch im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft zur positiven Förderung der Agrarwirtschaft bereit. Der deutsche Arbeiter steht im deutschen Bauern seinen Bruder. Es ist mit Recht von verschiedenen Seiten auf die Opfer hingewiesen worden, die die Arbeiterschaft für die Landwirtschaft gebracht hat. Die Arbeiterschaft hat dafür zwar keinen Dank erwartet, aber doch etwas mehr Sachlichkeit und Gerechtigkeit. Die Verbraucherseite ist heute zugunsten der Landwirtschaft doppelt so stark mit Jähren belastet wie vor dem Kriege. Jährlich werden 34—4 Milliarden an direkten und indirekten Subventionen für die Landwirtschaft aufgebracht. (Lärm des Abg. Dr. Febr (Bayr. Bauernbund): Wo denn?) Das läßt sich zahlenmäßig nachweisen, wenn Sie auch die Aufwendungen für die Kredit- und Umschuldungsaktionen hinzurechnen. Die Steuerlastung der Landwirtschaft wird immer geringer. Die Aufwendungen der Volksgemeinschaft für die Landwirtschaft betragen das Mehrfache dessen, was die Gesamtheit für die Landwirtschaft aufbringt. Die Landwirte müssen mehr Erkenntnis für die Tatsache aufbringen, daß seit hundert Jahren nicht so viel für sie getan worden ist, wie jetzt von Minister Schiele und seinem Vorgänger. Es ist ein infamer Vorwurf, daß die Sozialdemokratie absichtlich die Landwirtschaft zugrunde richten wolle. Wir haben mit größter Energie in der Arbeiterschaft die Erkenntnis verbreitet, daß sie sich mit der Landwirtschaft verbunden fühlen muß. Die Führer der landwirtschaftlichen Berufsorganisationen sollten auf das gleiche Ziel nur